



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24891 - 83

Fernschreiber 0806690

P/XII/295 - 28. Dezember 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Das gesplittene Deutschland am Jahresende	S. 1
Algerische Gewerkschaften	S. 3
Sowjetzonalen Fernsehen	S. 4
"Wissenschaft vom Urlaub"	S. 5
Belgiens Sozialisten gegen Raketenrampen und Atombombenlager	S. 6

Arme Wiedervereinigung !

sp. - Mit jedem Jahr, das vorübergeht, verspielt Deutschland eine Chance nach der anderen, etwas für seine Wiedervereinigung zu tun. Pankow betreibt eifrig seine Integrierung in den Ostblock weiter, baut seine Armee aus, bindet sich wirtschaftlich stärker an Moskau, behindert den innerdeutschen Reiseverkehr, stellt den Wohnsitzwechsel nach Westdeutschland unter Zuchthausstrafe - Bonn in seinem Horror vor dem Osten steuert auf Atomwaffenbasen in der Bundesrepublik zu, nennt verdünnte Zonen, atomwaffenfreie Räume blanken Unsinn, bricht diplomatische Beziehungen ab, anstatt neue zu schaffen. Weit und breit kein Ansatz zu politischen Lösungen! Und konservative Politiker in London sagen, die Spaltung Deutschlands sei eine recht ordentliche Sache, anders seien die Deutschen gar nicht "niederzuhalten" ...

Mit der Einheit Deutschlands stand es noch nie so schlecht wie jetzt am Ende des Jahres 1957. Was helfen uns angesichts dieser grauen Tatsachen freundliche Weihnachts- und Neujahrsdeklamationen? Pankow will den Westen östlich - Bonn den Osten westlich. Von denen, die hinter Pankow und Bonn stehen, gar nicht zu reden.

Ernst Lemmer, der Minister für gesamtdeutsche Fragen, hat jetzt betont, die menschlichen Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands müssten verstärkt werden. Was gestern aber noch selbstverständlich war, ist heute bereits problematisch: das Sich-gegenseitig-besuchen, die Veranstaltung wissenschaftlicher Konferenzen auf gesamt-

deutscher Ebene, das Paketeschieken. Die kleinen menschlichen Kontakte funktionieren immer schlechter. Aber wenigstens in dieser Beziehung dürfen wir den Balken in des Nachbarn Auge suchen: die Pankower Regierung ist es, die mit ihrer "Zwei-Staaten"-Devise den Graben zwischen den gespaltenen Teilen Deutschlands bis hin in den privatesten Winkel tiefer schaufelt.

Das waren keine guten Nachrichten, die wir in den letzten Tagen hörten! Die Interzonenzüge führen vor den Feiertagen halb leer nach Westen, an manchen Tagen nur zu 30 Prozent besetzt. Schuld daran ist Pankows Entschluss, Reisebescheinigungen auf immer kleiner werdende Personenkreise zu beschränken. Nach den Staats- und Parteifunktionären, den Studenten und Oberschülern, werden jetzt auch die Mitglieder der Massenorganisationen unter Druck gesetzt, Westfahrten zu unterlassen. Dazu kommt der grosse Kreis jener, der "republikflüchtige" Angehörige in der Bundesrepublik besuchen will und solche Menschen, die von den "Hausvertrauensleuten" verdächtigt werden, selbst "republikflüchtig" zu werden. Vor den Weihnachtsfeiertagen holte die Zonenpolizei auf dem ostberliner Bahnhof Trepow eine Frau aus dem Zuge, die zu ihrem bereits im September geflüchteten Ehemann in die Bundesrepublik fahren wollte: das Kreisgericht Strausberg verurteilte sie unter ausdrücklicher Bezugnahme auf das neue Passgesetz zu acht Monaten Gefängnis.

Die politischen Häftlinge in der Zone erlebten anstelle einer Weihnachteamnestie eine neue Verschärfung des Strafvollzugs: nachdem sie seit Jahren schon keine regelmässigen Lebensmittelrüdungen von ihren Angehörigen empfangen dürfen, erhielten sie jetzt nicht einmal ein Sonderpaket zu Weihnachten. Vom "Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs" wurden in den Dezembertagen in weitaus stärkerer Masse als früher Geschenkpakete für Zonenbürger beschlagnahmt, hinter deren Absendern sie Wohltätigkeitsorganisationen der Bundesrepublik vermuteten. "Annahme verweigert" hiess es bei einem Paket, das eine Stuttgarter Oberschule nach G6rlitz geschickt hatte, und die Zonenpresse machte aus dieser "stolzen Haltung" eine Staatsaktion: hinter dem Weihnachtspaketeschieken stecke der "teuflische Plan", die Jugend glauben zu machen, "die arme Sowjetzone muss durch einen Krieg befreit werden". Jeder, der ein Paket annehme und sich dafür auch noch bedanke, "hilft den Kriegstreibern im Westen, ihren verlogenen Grunden für einen Angriffs- und Eroberungskrieg einen Schein von Wahrheit zu geben".

Und diese "DDR" nimmt für sich in Anspruch, die H6terin gesamtdeutscher Interessen zu sein! Die Pankower sollen uns mit ihren Tiraden k6nftig und endlich verschonen. Sie anerkennen? Das ist kein Ausweg. Die Weichen f6r eine Entspannung m6ssen in Moskau gestellt werden, in Washington - wo auch immer in der grossen Politik. Die innerdeutsche Situation w6rde unertr6glich, wenn sich eines Tages die Deutschen auch noch atomwaffengeg6berstehen gegen6berstehen. Der Graben ist jetzt schon sehr tief. Die Fortsetzung der milit6rischen Blockpolitik w6rde ihn noch tiefer machen, bis er eines Tages 6berhaupt nicht mehr zu 6berbr6cken w6re.

Auch ein Kapitel des Kampfes um Algerien

E.B. In Frankreich leben etwa 500 000 algerische Arbeiter, die zu einem grossen Teil bis vor kurzem in der von den Kommunisten geführten Gewerkschaft CGT (Confédération Générale du Travail) organisiert waren. Auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Algerien waren meist Mitglieder der CGT. Da die Interessen der algerischen Arbeiter in den vergangenen Jahren häufig genug rein französischen Interessen untergeordnet wurden, haben Algerier selbst den Versuch unternommen, ihre Landsleute in eigenen, unabhängigen Gewerkschaften zu organisieren. Selbstverständlich stiess dieser Versuch auf heftigsten Widerstand der kommunistisch geleiteten CGT, weil diese mit Recht befürchtete, dass die algerischen Arbeiter den kommunistischen Einflüssen entzogen werden.

Erst im Februar 1956 konnten sich diejenigen Algerier in der CGT durchsetzen, die eine unabhängige Gewerkschaftspolitik befürworteten. Es kam zur Gründung der USTA (Union des Syndicats des Travailleurs Algériens), die sich von Anfang an bemühte, Anschluss an die freie internationale Gewerkschaftsbewegung zu finden. Seither haben zahlreiche algerische Arbeiter in Frankreich aber auch in Nordafrika die kommunistisch geleitete CGT verlassen und sich der algerischen Gewerkschaftsbewegung USTA angeschlossen.

Neurlich hat dieses Ereignis eine grosse politische Bedeutung. Die Führer der algerischen Gewerkschaftsbewegung werden sowohl von den französischen Kolonialisten wie auch von den französischen Kommunisten bekämpft. Vor einigen Wochen wurde in Paris einer der massgebenden Männer der USTA, A. Filali auf offener Strasse ermordet. Man behauptet, die Mörder gehörten einer algerischen in Frankreich arbeitenden Untergrundbewegung an, die in Filali deswegen einen Feind erblickte, weil er Verhandlungen mit der französischen Regierung zur Beilegung des Algerien-Krieges befürwortete. Nichtkommunistische französische Gewerkschaftsgruppen beteiligten sich offiziell an der Beisetzung Filalis.

Die junge unabhängige algerische Gewerkschaftsbewegung betrauert nicht nur Filali als Opfer eines Mordanschlages, sondern auch den Generalsekretär der französischen Föderation, Achmed Bekhat, und die Gewerkschaftler Sermache und Hocine Maroc. Sie alle wurden ebenfalls auf offener Strasse ermordet.

SBZ - Fünf Jahre Langeweile

K. F. Am 25. Dezember wurde jenseits der Elbe ein Jubiläum gefeiert: das zonale Fernsehen war an diesem Tage fünf Jahre alt. Ihm zu Ehren sind gleich zwei Preisausschreiben auf einmal gestartet worden. Zu gewinnen sind dabei all die netten Dinge, die auch bei uns im Westen aus solchem Anlass unter's Volk gestreut werden: Die Skala reicht vom Kleinwagen über den Kühlschrank bis zum Radiotischchen. Also alles wie bei uns? Mitnichten. Teilnehmen durfte der "DDR"-Bürger nur, wenn er innerhalb der letzten sechs Wochen drei "Freiwillige Aufbaustunden" geleistet hat und seine vaterländische Tat in der eigens dazu verteilten "Aufbaukarte" vom "Nationalen Aufbauwerk" bestätigt worden ist. Drei Stunden Enttrümmerung, Ziegelkarren oder Strassenbau allein geben den Siegern im Preisausschreiben eine Chance.

Überhaupt wird beim mitteldeutschen Fernsehkonsumenten allerhand vorausgesetzt. Einmal muss er viel Geld haben, denn ein Fernseher kostet "drüben" etwa dreimal soviel wie bei uns im Westen. Dann muss er bereit sein, auf Ersatz für die schnell durchgebrannten Bildröhren monatelang zu warten. Und schliesslich braucht er viel Geduld, das überpolitisierte und gar nicht reizvolle Programm mit Würde zu ertragen.

In Pankow ärgert man sich seit fünf Jahren heftig darüber, dass die Bürger der "ersten Arbeiter und Bauernmacht in der deutschen Geschichte" lieber das westliche Fernsehprogramm einstellen als das haus-schlachtene. Das geschieht in hohem Masse in den zonen-grenz-nahen Gebieten. Dass man überdies beispielsweise in der Magdeburger Gegend und in Thüringen die westdeutschen Sender besser empfängt als die der "DDR", fördert das Fremdsehen noch um einige Grade mehr.

Wie dem abhelfen? Fernseh-Störsender einzurichten würde den Unmut im Lande verstärken; den Empfang einfach verbieten will man auch nicht. Als Ausweg denkt der SED die Errichtung von Gross-Fernsehtürmen im Zonen-grenz-gebiet - in Kreis Osterburg wird ein 185 Meter hoher mit einem fünfgeschossigen Turmkopf im kommenden Frühjahr fertiggestellt sein-, die nicht nur die Zoneneinwohner vor Fremdsehen abhalten, sondern zugleich das westdeutsche Publikum bedienen sollen. Auf den Gedanken, das Programm zu verbessern, ist man eigenartigerweise noch nicht gekommen.

"Normaler" Urlaub ist nicht genug

sp - Im deutschen medizinischen Informationsdienst regt Prof. Dr. A. Hittmair, Direktor der medizinischen Universitätsklinik Innsbruck an, Menschen in verantwortlicher, die Gesundheit belastender Stellung im Alter über 50 Jahren sollten mehr als vier zusammenhängende Urlaubswochen im Jahr haben. Prof. Hittmair meint in erster Linie die "Manager", bei denen wegen Überarbeitung eine Reihe von Zivilisationskrankheiten auftreten, die nur durch längere zusammenhängende Ruhepausen überwunden werden können.

Der Direktor der medizinischen Universitätsklinik Innsbruck ist bekannt geworden durch seine Untersuchungen über die "Wissenschaft vom Urlaub". Er hat festgestellt, dass Erholungspausen mit Klimawechsel und der notwendigen Anpassung an andere als die gewohnten Lebensumstände überhaupt erst wirksam werden, wenn der Urlauber mindestens zwei bis drei Wochen Zeit hat, sich an die im Urlaub gegebenen neuen Lebensumstände zu gewöhnen. Das ist aber in den seltensten Fällen möglich, weil der Durchschnittsurlauber meist schon nach drei Wochen wieder die Heimreise antreten muss. In vielen Berufen sogar schon nach 14 Tagen.

Sicher hat Herr Prof. Hittmair recht mit seinen Feststellungen. Es sollte aber bedacht werden, dass nicht nur die sogenannten Manager, sondern auch die meisten anderen arbeitenden Menschen heute unter den gleichen Zivilisationskrankheiten leiden. Das Hetztempo in einem straff durch-rationalisierten Industriebetrieb oder in einem mit Höchstleistung arbeitenden Bürobetrieb stellt an die Nerven der Arbeiter und Angestellten ganz andere Anforderungen als vor etwa 30 Jahren. Es gibt z.B. Betriebe, in denen die Essenszeiten - mit Einwilligung der Arbeiter und Angestellten - aus Gründen des Arbeitsablaufes und des möglichst frühen Feierabends so kurz gehalten sind, dass Körper und Geist nicht einmal während der Mahlzeiten richtig entspannt werden können. Wenn auch heute schon in vielen Betrieben durch die 45-Stunden-Woche längere Wochenendpausen als früher ermöglicht werden, so reicht doch diese Entspannungszeit über das Wochenende nicht aus, um die "Batterie" wieder richtig aufzuladen. Die entscheidende Erholung für den arbeitenden Menschen von heute ist nur noch in einer Ruhepause möglich, die sich über einige Wochen erstreckt.

Es wäre daher eine dankbare Aufgabe für die Wissenschaftler, ihre Forschungen über die "Wissenschaft vom Urlaub" auf alle Berufsgruppen aus-zudehnen und Hand in Hand mit den Organisationen der Arbeitnehmer und Ar-beitgeber die Lösung des Problems "Urlaub" anzusteuern.

Sozialistische Partei Belgiens auf neuen Wegen

pt - Brüssel

Fast unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit - die Nachrichtenagenturen verbreiteten nur spärliche Nachrichten darüber - hat die sozialistische Partei Belgiens auf ihrem kurz vor Weihnachten abgehaltenen Parteitag eine Revision ihrer bisherigen Aussen- und Verteidigungspolitik vollzogen, die in der Vergangenheit stark von dem jetzigen Generalsekretär der NATO und früheren belgischen Aussenminister Henry Spaak beeinflusst worden war. Aussenminister Larock erklärte auf dem Parteitag unmissverständlich, dass sich Belgien auf der NATO-Konferenz in Paris keineswegs verpflichtet habe, Abschussrampen für Atomraketen auf belgischem Gebiet zu errichten und Lager von Atombomben auf belgischem Boden einrichten zu lassen.

Der grosse Beifall, den der Parteitag dieser Erklärung zollte, verdient umso mehr beachtet zu werden, als Belgien und seine sozialistische Partei in der Zeit, als noch Spaak die Aussenpolitik des Landes leitete, als absolut NATO-freudig und kritikloser Anhänger der Aufrüstung des Westens bis zum Aussersten galt. Spaak und die Aussenpolitik der belgischen sozialistischen Partei wurden bisher miteinander identifiziert.

Larocks Erklärung, wie die Aussprache über die aussenpolitische Linie auf dem Parteitag wiesen auf eine deutliche Abwendung von der bisherigen Aussen- und Verteidigungspolitik Belgiens hin. Larock stellte vor der Annahme der Resolution zur Aussenpolitik mit Bedauern fest, dass bisher die Grossmächte, bzw. eine Grossmacht, ihre Politik den Mitgliedern der NATO aufdränge. Er forderte die Einführung und Einhaltung demokratischer Formen innerhalb der NATO und bedauerte unter dem allgemeinen Beifall der Delegierten, dass bisher von einer Gleichberechtigung der kleineren Staaten innerhalb des Atlantikbündnisses wenig zu merken sei.

In der zur Aussenpolitik angenommenen Resolution wird diese Kritik Larocks unterstrichen und herausgestellt, dass die politischen Fragen in der NATO einen Vorrang gegenüber den rein militärischen Erwägungen haben müssten. Darüber hinaus wird gefordert, Verhandlungen mit dem Osten über eine friedliche Lösung der Ost-West-Probleme zu aktivieren und der militärischen Betrachtungsweise voranzustellen.

Das von der deutschen Sozialdemokratie seit langem zur Ablösung der militärischen Blockpolitik geforderte europäische Sicherheitssystem auf der Grundlage des wiedervereinigten Deutschland wird in der Perspektive der Aussenpolitik der belgischen Sozialisten angesprochen. Damit ist eine Wandlung eingetreten, die zu einer wesentlichen Auflockerung der Bereitschaft für die ernsthafte Diskussion über Sicherheitsvorschläge der deutschen Sozialdemokratie führt.

+ - +

Verantwortlich: Günter Markscheffel